



Turbulenter Auftakt beim Erörterungstermin

Mainhausen. – „Kein Giftmüll nach Mainhausen“, „Weimar unser Trauma“ und ähnlich beschriftete Transparente trugen rund 600 Deponiegegner auf einer Kundgebung vor Beginn des Verfahrens zum Versammlungszelt auf das Gelände der Hessischen Industrie Müll (HIM) und forderten dort den Abbruch des Verfahrens.

Einige zeigten sich in diesem Fall Bürgermeister Dieter Gröning (CDU), der 1. Beigeordnete des Kreises Offenbach, Frank Kaufmann (Grüne), und Wolfgang Klein von der BIGUZ, die gemeinsam am Protestmarsch teilnahmen.

Emotionsgeladene Stimmung dann auch im Zelt auf dem HIM-Gelände. „Die geplante Deponie ist ein Gefährdungspotential für alle 90 000 Einwohner des Kreises Offenbach“, sagte Frank Kaufmann. Aufgebracht waren die Deponiegegner auch, als Verhandlungsleiter Emil Spöhrer Bild- und Tonaufnahmen der zahlreich vertretenen Pressevertreter

verbieten wollte. Spontan schützten anwesende Bürger die Kameramänner.

Die Rechtsanwälte der Gemeinde, Matthias Möller und Wolfgang Baumann, forderten den sofortigen Abbruch des Verfahrens wegen schwerer formeller Fehler. So sei die amtliche Bekanntmachung für den Termin mit einer Urkundenfälschung erfolgt. Teile des Deponiegeländes sowie Zufahrtswege befänden sich im Besitz der Gemeinde, seien jedoch per Besitzeinweisungsbeschluss der HIM zwecks Errichtung von Baumaßnahmen zugewiesen worden. Die Abhaltung eines Erörterungstermins entspreche jedoch nicht diesem Zweck und sei somit rechtswidrig.

Bürgermeister Dieter Gröning äußerte sich während der kurzfristig in der Mittagspause eingeschobenen Pressekonferenz zum Verlauf der ersten Stunden zufrieden. Die Mainhäuser zeigten deutlich, was sie von diesem Verfahren hielten.



Die Einwender, von links, Bürgermeister Gröning, die Rechtsanwälte der Gemeinde Mainhausen, Matthias Möller und Wolfgang Baumann und Wolfgang Klein, Sprecher der BIGUZ, wurden klatschend und durch Zurufe während ihrer Ausführungen unterstützt.

KURIER-Foto: ah



Autstark und mit Transparenten kamen rund 600 Deponiegegner zum HIM-Gelände und forderten immer wieder den Abbruch des Verfahrens.

Umweltbote
Ein ♥ für Mainhausen!

PROTEST- MARSCH

zum Auftakt des Erörterungstermins
zum Deponiegelände

Montag, den 20.8.1990
um 8.30 Uhr

Treffpunkt: Zufahrt zur Deponie

♥ Es rufen auf: Gemeinde Mainhausen und BIGUZ e.V.

Wählt ammlung

Die Wahlkommission hat die Wahlunterlagen für die Wahl zum 1. Kreiswahlbezirk (KWB) am 1. September 1990 erstellt. Die Wahlunterlagen sind in der Gemeindeverwaltung (Gemeindeverwaltung) erhältlich. Die Wahlunterlagen sind in der Gemeindeverwaltung (Gemeindeverwaltung) erhältlich. Die Wahlunterlagen sind in der Gemeindeverwaltung (Gemeindeverwaltung) erhältlich.



stern

Die Wahlkommission hat die Wahlunterlagen für die Wahl zum 1. Kreiswahlbezirk (KWB) am 1. September 1990 erstellt. Die Wahlunterlagen sind in der Gemeindeverwaltung (Gemeindeverwaltung) erhältlich. Die Wahlunterlagen sind in der Gemeindeverwaltung (Gemeindeverwaltung) erhältlich.

Ohne Gegenstimmen bewilligte die Arbeitsgemeinschaft der Mainhäuser Bürgerinitiativen gegen Umwandlung (BIBUZ) die Umwandlung der Deponie in eine Wohnanlage. Die Umwandlung ist im Falle der Umwandlung in eine Wohnanlage möglich. Die Umwandlung ist im Falle der Umwandlung in eine Wohnanlage möglich.

Foto: ah

Biotop in der Grube

Mainhausen (th) – Kein Tag des Erörterungstermins zur Sondermülldeponie, an dem nicht neue Unregelmäßigkeiten von den Einwendern und Vertretern der Gemeinde Mainhausen entdeckt werden: Gestern wurde die Bürgerschar, die mit den Rechtsanwälten Baumann und Möller sowie Kreisbeigeordnetem Kaufmann eine „Augenscheinnahme“ der Deponie vornahm, erneut fündig. Ein Brunnen wurde untersucht, der in keiner Karte der Deponie verzeichnet ist. Und: In der „trockenen“ Deponie stand dieser Brunnen völlig unter Wasser. Nachdem einige Bürger selbst Hand anlegten und eine obere Kiesschicht neben diesem Brunnen abtrugen, füllte sich die kleine Kuhle innerhalb von Sekunden mit Grundwasser. „Der Brunnen liegt genau an der Stelle, wo sich eine tektonische Störung des Erdreichs befindet. Ein künstliche Tonschicht, die dort aufgebracht wurde, sollte verhindern, das Grundwasser austritt“, erklärte Mainhausens Umwelt-Ingenieur Nachtigall. Daß trotz künstlicher Tonschicht das Wasser nur wenige Zentimeter unter der Kiesschicht liegt, bewiesen die Deponiegegner zuvor allerdings deutlich.

Überzeugen konnten sich die Einwender bei diesem Termin vor Ort, daß an der Stirnseite der Grube ein Feuchtbiotop entstanden ist, in dem trotz der Hitze der vergangenen Tage sogar noch ein kleines Bächlein munter plätschert. „Wasser dringt ständig in die Grube ein und muß durch die Drainage abgeführt werden. Wenn diese Drainage verstopft oder kaputt geht, dann kann die Grube nicht mehr entwässert werden“, sagte Nachtigall weiter. Die Deponiegegner bezweifeln stark, daß die Abflußdrainage für alle Ewigkeit ordnungsgemäß funktionieren wird.

Erkennen konnten die Einwender und Bürger auch, daß der Wasserstand der Brunnen in der Deponie deutlich angestiegen ist, seit dem die HIM ihre Pumpen am Dienstag abstellen mußte.



Vor Ort überzeugten sich Einwender und Bürger, daß trotz der starken Hitze der vergangenen Tage die Brunnen in der Deponie deutlich höhere Wasserstände anzeigen. Seit Dienstag darf die HIM das Wasser nicht mehr abpumpen.

Fotos (3): Thomas Hanel



Viele Bürger begleiteten Rechtsanwalt Baumann (r.) und Kreisbeigeordneten Kaufmann (2.v.r.) in die Deponie



Nachdem wenige Lagen Kies weggeräumt waren, füllte sich die Erdkuhle sofort mit Wasser. Sachverständiger Hochheim (am Megaphon) kommentierte.

Anträge der Gegner gehen ins Leere

HIM-Deponie: Verfahrensfragen prägen ersten Anhörungstag / Rundfunk muß raus

MAINHAUSEN. Zu einem Fiasko für das Hessische Oberbergamt wurde am gestrigen Montag der erste Tag des Erörterungsverfahrens für die Neuplanung der umstrittenen Industrie-Sondermülldeponie Mainhausen, gegen die 12 000 Einwendungen eingereicht wurden. Unter starker Beteiligung der Bevölkerung aus Mainhausen sowie dem hessisch-bayerischen Grenzraum rangen die Behördenvertreter in dem auf dem Deponiegelände aufgebauten Festzelt um Argumente.

Den stapelweise vorgebrachten kritischen Sachfragen unter anderem der von der Gemeinde beauftragten Rechtsanwälte Wolfgang Baumann und Matthias Möller sowie vom stellvertretenden Landrat und Kreis-Umweltdezernenten Frank Kaufmann (Grüne) konnten die Mitarbeiter des Hessischen Oberbergamtes, der

Hessischen Industriemüll GmbH sowie des Regierungspräsidiums Darmstadt kaum etwas entgegensetzen.

Dem mehrfach vorgebrachten Antrag der Deponiegegner, das Erörterungsverfahren wegen unzähliger rechtlicher Mängel und Verstöße schon im ersten Teil des Verfahrens abzubrechen, mochte der vom Oberbergamt beim Regierungspräsidium Gießen „entlehnte“ Versammlungsleiter Erwin Spöhrer jedoch nicht folgen. Spöhrer, der sich zu Beginn der Sitzung lediglich den Status eines „Moderators“ und „Mittlers“ zugebilligt hatte, gelang es in der Sitzung erst um 17.30 Uhr, nach mehr als acht Stunden Verhandlungen, in die eigentliche Tagesordnung einzutreten.

Zuvor war lange um die Rechtmäßigkeit des Erörterungsverfahrens und den

Ort der Anhörung gefeilscht worden. Eine lautstarke Diskussion zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Versammlungsleitung gab es dabei um die Zulassung von Fernseh- und Rundfunkteams zur Sitzung. Spöhrer hatte ohne Begründung angekündigt, Film- und Tonaufnahmen dürften während der Anhörung nicht gemacht werden, lediglich Notizen. Daraufhin kam es zu ohrenbetäubenden Protestrufen und Pfiffen.

Zum Schutz der Kamerateams, die von Ordnern herausgedrängt werden sollten, bildeten Anhörungsteilnehmer Menschenketten um sie herum. Minutenlange Rufe wie „Wir sind das Volk“ erschollen. Die Gemeindevorstände wie auch Mainflingens Vereinsvorsitzender Karl Steil, Bürgermeister Dieter Gröning (CDU) sowie der FDP-Ortsvorsitzende Horst Hilbrandt protestierten scharf gegen den Ausschluss und verlangten „volle Pressefreiheit“. Der Versammlungsleiter blieb jedoch bei seiner Anweisung. Daraufhin verließen die Rundfunkmitarbeiter das Riesenzelt. Kommentar einer Frau, die „wegen meiner Enkel“ gekommen war: „Nur wer etwas zu vertuschen hat, scheut das Licht.“

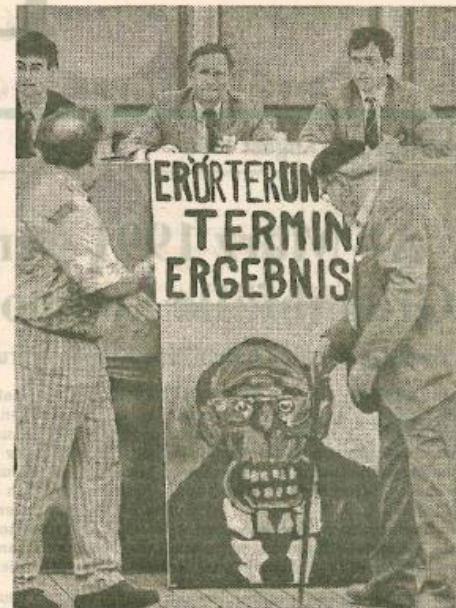
Im weiteren Verlauf der Versammlung gelang es dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative BIGUZ, Wolfgang Klein, immer mehr, die Sitzungsleitung an sich zu ziehen. Hart blieb Spöhrer, der angesichts der schwachen Auftritte der Behördenvertreter Mühe hatte, die Fäden nicht zu verlieren, allerdings in dem Punkt, die Sitzung nicht abzubrechen. Eduard Bernhard vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verlangte schließlich den Rücktritt des Versammlungsleiters wegen Befangenheit.

Anwalt Baumann dehnte den „Befangenheitsantrag“ bis zur Leitung des Oberbergamtes und Hessens Umweltminister Karlheinz Weimar (CDU) aus: „Unser Mißtrauen ist inzwischen grenzenlos.“

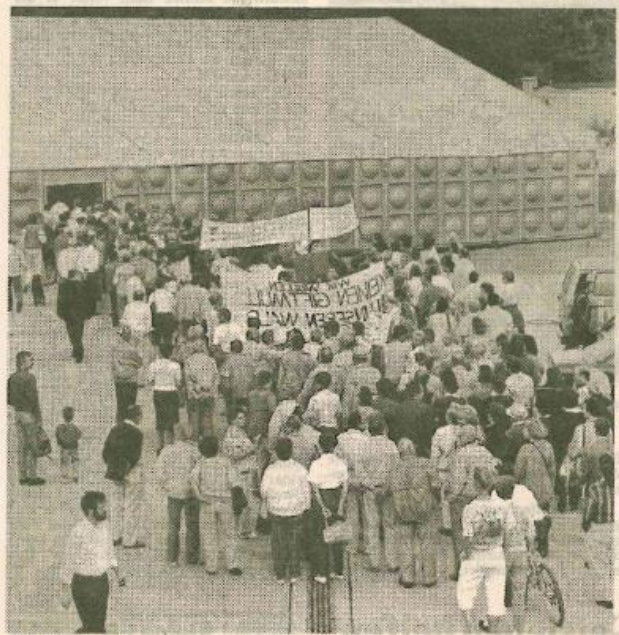
Auf beinharte Kritik stieß die bisherige Arbeit der Plan-Genehmigungsbehörde, das Hessische Oberbergamt, beim stellvertretenden Landrat Kaufmann. Diese Behörde habe sich in den zurückliegenden Jahren als „total unfähig“ erwiesen, so Kaufmann an die zahlreichen teils gerichtlich bestätigten Pannen erinnernd. Es sei nicht zu erwarten, daß mit diesem Amt jemals ein rechtlich einwandfreies Verfahren ermöglicht werden könne. Die hessische Landesregierung mit ihrem Umweltminister Weimar lasse hier die politische Hygiene absolut vermissen. Vielmehr betriebe sie eine ekrupellose Machtpolitik gegen die Interessen der Bürger der Region. Es gebe zudem eine



Mit der Inbetriebnahme der Deponie wird auch Mainhausen zu Grabe getragen, meinen Demonstranten. Das Ergebnis der Anhörung, so befürchten sie, steht ohnehin schon vor dem Ende der Tagung fest.



FR-Bilder: Oliver Weiner



Groß war der Andrang am ersten Tag der Erörterung: 500 bis 600 Bürger strömten in das Anhörungszelt, das entgegen der Ankündigung auch für Nicht-Einwender offenstand.

enge Verstrickung zwischen Landesregierung, der HIM und dem Oberbergamt, was ganz offensichtlich zu Mißbrauch geführt habe.

Die zentralen Argumente der Deponiegegner für den Abbruch des Verfahrens waren zum einen die Tatsache, daß die HIM an dem alten, 1986 vom Verwaltungsgericht als nichtig erklärten Planfeststellungsbeschluss weiter festhalte und trotzdem ein komplett neues Planungsverfahren begonnen habe. Zum anderen sei die HIM nicht befugt, auf dem nur zeitweilig zu ihrer Verfügung stehenden Abschnitt des Grubengeländes, auf dem das Festzelt steht, ein Anhörungsverfahren zu veranstalten. Hier übe die Gemeinde das Hausrecht aus. Ferner wurde ins Feld geführt, daß die Unzahl von Formfehlern, eine vollzogene Urkundenfälschung vor der Planauslegung im Frühjahr sowie die vom Umweltminister schon im vergangenen Herbst veröffentlichte Absicht, die Deponie „in jedem Fall“ in Betrieb nehmen zu wollen, die Anhörung zu einer „billigen Farce“ werden lasse. Heute, ab 9 Uhr, geht es weiter. wwp

Kommentar

Die Empörung bei den Gegnern der Industrie-Sondermülldeponie Mainhausen über den Verlauf des ersten Erörterungstages ist verständlich: Hier ergriff der Versammlungsleiter, der sich zunächst hinter der Bezeichnung „Moderator“ verstecken wollte, recht schnell die Partei seines Arbeitgebers. Doch nicht nur deswegen war

Landesregierung die ihr unterstellten Behörden nicht besser gerüstet in die Arena schickte. Dabei müßte sie in den zurückliegenden 18 Jahren der Auseinandersetzung doch begriffen haben, daß es sich bei den Mainhäusern und ihren Beratern nicht um Dummköpfe handelt. Die Behördenvertreter traten aber gerade so auf, als wäre dies der Fall.

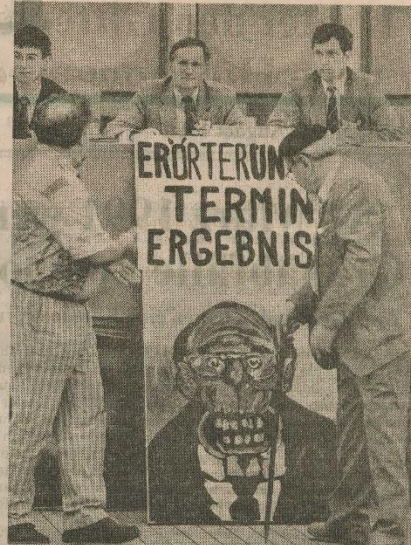
Ganz anders die Gegenseite: Besonders die beiden Anwälte wie auch der stellvertretende Landrat waren in ihrer Argumentation und Anklage so schlüssig, daß die Behörden überfordert wirkten. Doch die Ankündigung Umweltminister Weimars, diese Deponie müsse in jedem Fall in Betrieb gehen, scheint verbindliche Marschroute für das Oberbergamt zu sein.

WENZEL FLEIL

Ungleicher Zweikampf

eine Art „Deutschstunde“: Was die Vertreter des Oberbergamtes, des Regierungspräsidiums Darmstadt und der HIM an diesem Tag an behördlicher Inkompetenz und Ignoranz boten, war schier unglaublich. Hier wurde die Erde wieder zur Scheibe erklärt.

Erstaunlich ist, daß die hessische



Mit der Inbetriebnahme der Deponie wird auch Mainhausen zu Grabe getragen, meinen Demonstranten. Das Ergebnis der Anhörung, so befürchten sie, steht ohnehin schon vor dem Ende der Tagung fest.
FR-Bilder: Oliver Weiner

enge Verstrickung zwischen Landesregierung, der HIM und dem Oberbergamt, was ganz offensichtlich zu Mißbrauch geführt habe.

Die zentralen Argumente der Deponiegegner für den Abbruch des Verfahrens waren zum einen die Tatsache, daß die HIM an dem alten, 1986 vom Verwaltungsgericht als nichtig erklärten Planfeststellungsbeschluß weiter festhalte und trotzdem ein komplett neues Planungsverfahren begonnen habe. Zum anderen sei die HIM nicht befugt, auf dem nur zeitweilig zu ihrer Verfügung stehenden Abschnitt des Grubengeländes, auf dem das Festzelt steht, ein Anhörungsverfahren zu veranstalten. Hier übe die Gemeinde das Hausrecht aus. Ferner wurde ins Feld geführt, daß die Unzahl von Formfehlern, eine vollzogene Urkundenfälschung von der Planauslegung im Frühjahr sowie die vom Umweltminister schon im vergangenen Herbst veröffentlichte Absicht, die Deponie „in jedem Fall“ in Betrieb nehmen zu wollen, die Anhörung zu einer „billigen Farce“ werden lasse. Heute, ab 9 Uhr, geht es weiter. wep

Kommentar

Die Empörung bei den Gegnern der Industrie-Sondermülldeponie Mainhausen über den Verlauf des ersten Erörterungstages ist verständlich: Hier ergriff der Versammlungsleiter, der sich zunächst hinter der Bezeichnung „Moderator“ verstecken wollte, recht schnell die Partei seines Arbeitgebers. Doch nicht nur deswegen war

Ungleicher Zweikampf

eine Art „Deutschstunde“: Was die Vertreter des Oberbergamtes, des Regierungspräsidiums Darmstadt und der HIM an diesem Tag an behördlicher Inkompetenz und Ignoranz boten, war schier unglaublich. Hier wurde die Erde wieder zur Scheibe erklärt.

Erstaunlich ist, daß die hessische

Landesregierung die ihr unterstellten Behörden nicht besser gerüstet in die Arena schickte. Dabei müßte sie in den zurückliegenden 18 Jahren der Auseinandersetzung doch begriffen haben, daß es sich bei den Mainhäusern und ihren Beratern nicht um Dummköpfe handelt. Die Behördenvertreter traten aber gerade so auf, als wäre dies der Fall.

Ganz anders die Gegenseite: Besonders die beiden Anwälte wie auch der stellvertretende Landrat waren in ihrer Argumentation und Anklage so schlüssig, daß die Behörden überfordert wirkten. Doch die Ankündigung Umweltminister Weimars, diese Deponie müsse in jedem Fall in Betrieb gehen, scheint verbindliche Marschroute für das Oberbergamt zu sein.

WENZEL PLEIL

29.8.90

Die Sondermülldeponie Mainhausen droht jetzt „abzusaufen“

Bergamt Weilburg ordnete gestern das Abschalten der Grundwasserpumpen an/Freude bei Bürgern groß

MAINHAUSEN. Besucher der geplanten Industrie-Sondermülldeponie sollten demnächst ihre Badehose nicht vergessen. Zur Überraschung der begeistert applaudierenden Deponiegegner ordnete am gestrigen 7. Erörterungstag der Vertreter des für wasserrechtliche Genehmigungen zuständigen Bergamtes Weilburg, Kurt Bartke, das Abschalten der Grundwasserpumpen an. Werden die Pumpen nicht innerhalb von wenigen Wochen wieder angeschaltet, so droht die ehemalige Tongrube „abzusaufen“. Bis Ende der 70er Jahre stand in der ausgebeuteten Tongrube das Wasser sechs Meter hoch. Badegäste tummelten sich am Ufer des idyllisch gelegenen Sees.

Die Bauherrin der Deponie, die Hessische Industriemüll GmbH (HIM) weigerte sich zunächst, die Pumpen ohne schriftliche Aufforderung durch das Weilburger Bergamt abzuschalten. Bartke bestand jedoch energisch darauf und setzte sich durch, ohne von Dr. Hartmut Schade von der Plangenehmigungsbehörde Oberbergamt Wiesbaden daran gehindert zu werden. Seither steigt das Grundwasser in den Sammelschächten der in weiten Teilen schon fertiggestellten Deponie.

Mainhausens Bürgermeister Dieter Gröning (CDU) dankte dem Beamten im Namen aller Bürgerinnen und Bürger für diese „mutige Entscheidung“, die wieder Hoffnungen auf eine ordnungsgemäß funktionierende Bürokratie wecke.

Bartke war tätig geworden, nachdem am vergangenen Freitag Gemeindegutachter Professor Werner Udluft auf eine deutlich höhere Grundwasser-Fördermenge als genehmigt aufmerksam gemacht hatte. Bei einer Überprüfung stellte Bartke fest, daß statt der genehmigten 295 000 Kubikmeter jährlich rund 785 000 Kubikmeter Grundwasser aus der Bong'schen Grube in den Main gepumpt werden. Dies entspricht dem Trinkwasserverbrauch von gut 16 000 Menschen.

Während Dr. Hartmut Schade vom Oberbergamt noch am vergangenen Montag sich weigerte, die Pumpen abstellen zu lassen und statt dessen davon sprach, die wasserrechtliche Genehmigung für die HIM nachzubessern, wurde das untergeordnete Bergamt Weilburg gestern

nun aktiv. Mit der Anweisung, abzuschalten, wurde einer alten Forderung der Deponiegegner entsprochen. Sie erstatteten außerdem Anzeige gegen die HIM.

Auf gemischte Reaktionen stieß bei den Juristen und Gutachtern der Gemeinde jedoch Bartkes Aufforderung an die HIM, nun eine eigene wasserrechtliche Genehmigung zu beantragen. Bislang nutzt die HIM die 1966 an ein benachbartes Ton-Abbauunternehmen (Basalt AG) erteilte Abpumpgenehmigung für die genannten 295 000 Kubikmeter. Mainhausens Rechtsanwalt Matthias Möller befürchtet, daß der HIM jetzt doch eine eigene Abpumpgenehmigung erteilt wird.

Allerdings muß, darauf machte Bartke aufmerksam, dieser Genehmigung auch die Untere Wasserbehörde des Kreises Offenbach zustimmen. Der Kreis jedoch ist ein Gegner des Deponieprojektes.

Weitere entscheidende Pluspunkte glaubt die Gemeinde in der umstrittenen Frage der geologischen und hydrologischen Situation im Deponiebereich erzielt zu haben. Im Streit der Gutachter beider Seiten, Professor Udluft für Mainhausen und Professor Helmut Nendza für die HIM, gelang es Udluft schon Montagabend, sich durchzusetzen. Nendza, der zudem noch Unterstützung vom Landesamt für Bodenforschung und von einem

Fachmann der HIM erhielt, sah dank der von ihm geschilderten „denkbaren“ geologischen und hydrologischen Situation keine Gefahr für die nur 1,6 Kilometer entfernten Trinkwasserbrunnen des Zweckverbandes Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach. Udluft hingegen demonstrierte an Hand eigener Untersuchungen und geologischer Karten, daß eben diese Gefahr nicht auszuschließen ist. Der Kulminationspunkt (Ansaugtrichter der Brunnen) könne sich durchaus bis unter die Deponie hinziehen. Da dort mit Sicherheit Schadstoffe austreten würden, sei dann die Trinkwasserversorgung gefährdet.

WENZELPLEIL



Idyllisch wie in den 70er Jahren soll die geplante Sondermüllklippe auch zukünftig aussehen, meinen die Deponiegegner. (FR-Bild: Wunderb.)

Land

Die So

KREIS
DERMAF
(SPD), ak
verbands
Stadt Fra
fenbach-I
Hausmüll
servieren
kein Vot
stern in e
für ihn je
Frage kár

Die „Ki
Konzept
tausendw
nie aus
Scherbell
Region a
kommen
band gefe
ter Profe
Standorte
Koppsch
reich, de
und die
mark.

In den
nen schl
tete Nach
eichs Er
(SPD), U
„Abenteu
Idiotie un
zusagen
eine Depo
Müllern
rek, Dre

Mainhäuser Küchenfeen stärken Leib und Seele

Widerstand gegen Mülldeponie kennt viele Formen

MAINHAUSEN. „Ohne die Mainhäuser Frauen wäre unser Abwehrkampf hier im Zelt gegen die Giftmülldeponie niemals so stark geworden!“ Christoph Mahlinger, er steht mit dicken Schweißperlen auf der Stirn im 35 Grad heißen, riesigen Erörterungszelt, unterstreicht seine Worte mit einem Faustschlag auf den Tisch. Hier laden einige Frauen gerade gekühlte Getränke ab. Seit zwei Wochen sitzt der Mainflinger fast täglich hier, neben sich die von der Gemeinde um Beistand gebeten Professoren, Fachingenieure, Rechtsanwälte, Naturschützer und Politiker.

Seit zwei Wochen tobt unter dem in friedlichem Weiß gehaltenen Zelt dach von 9 bis mindestens 19 Uhr eine regelrechte Schlacht zwischen der Hessischen Industriemüll GmbH (HIM) und dem Oberbergamt einerseits sowie den Deponegegnern und ihren Sachverständigen andererseits. In der durch Sonne, hitzige Diskussionen und häufig bis zu 600 erbotene Zuhörer aufgeheizten Atmosphäre werden nicht nur die Baupläne und Gutachten der HIM Stück für Stück als offenbar unbrauchbar enttarnt, es ist auch zum offenen Nervenkrieg zwischen den Befürwortern und Gegnern des umweltgefährdenden Projektes gekommen.

Überwiegend Männer sind es, die bayrische Landtagsabgeordnete Christine Scheel stellt eine der wenigen Ausnahme dar, die mit der HIM, dem Oberbergamt und seinen Hilfsbehörden in den Ring steigen. Täglich zehn Stunden oder mehr bei unerträglichen Temperaturen, Lärm und einer Gegenseite, die den Adrenalinpiegel unzählige Male in die Höhe schnellen lässt. Die körperlichen und seelischen Belastungen sind enorm. Für beide Seiten.

Doch die Mainhäuser, ihre Sachverständigen und Anwälte, scheinen über unerschöpfliche Energien zu verfügen. Christoph Mahlinger sprach es aus. Es sind die Mainhäuser Frauen, die sich selbst in Streß und Strapazen stürzen, um der mal 15, mal 20 oder 25 Köpfe zählenden Mainhäuser Erörterungskommission mit Speis, sowie vor allem Trank, Magen und Rücken zu stärken.

Die Tagesproduktion an Kaffee kann nur noch in Eimern gemessen werden.

Die Zahl der pro Tag ausgeschenkten Mineralwasserflaschen nur noch in Kisten. Ihr Zelt- und dies ist wörtlich zu nehmen- haben die meistens dem Twen-Alter entwachsenen Mainhäuserinnen in unmittelbarer Nähe des Haupteinganges zur Deponie aufgeschlagen.

Beschattet wird es vom knallroten, doppelstöckigen Londoner Info-Bus der Bürgerinitiative BIGUZ. Hier arbeiten bei noch größerer Hitze als im Erörterungszelt Luise Hietel, Margarete Simon, Luise Wolf, Gisela Stell, Marlene Mahlinger, Karin Gotschalk, Ute Barosch, Katja Hofmann, Andrea Köberl, Karin Wenk, Luise Merget und Tanja Fischer, um einige zu nennen, bis über zehn Stunden pro Tag. Deswegen haben sich inzwischen auch einige Männer: Helko Gast, Gerald Wöbler, Thorsten Simon und Albert Knecht.

Der Mainhäuser Erörterungskommission, das ist ihr Ziel, soll es zu keinem Zeitpunkt an Kalorien und Flüssigkeit mangeln. Und bei der schweißtreibenden, geradezu tropischen Hitze im Zelt ist letztere besonders wichtig.

Es ist ein Bild für die Göster, wenn morgens, vormittags, mittags, nachmittags und abends die Damen hintereinander, schwer beladen mit Bröcken- oder Ruchentabletts, über das Deponiegelände ins Erörterungszelt Einzug halten. Da leuchten die Augen des 60jährigen Professors genauso wie die des 25jährigen BIGUZ-Aktivistin. Die Damen halten sie bei bester Laune.

Eher traurig drein blickend hingegen die Mitarbeiter der HIM und des Oberbergamtes, die auf vergleichsweise karge Verpflegung angewiesen sind. Dabei hat-



Im Küchenzelt der BIGUZ am Rande der Deponie werden täglich Brote geschmiert und Getränke zubereitet (von links): Luise Hietel, Marlene Mahlinger und Margarete Simon.



Da leuchten die Augen der Mainhäuser Erörterungskommission: Luise Wolf (rechts) und Margarete Simon bringen frischen Zwetschgencaken ins Verhandlungszelt. FR-Bilder: Weiner

te Sitzungsleiter Erwin Spöhrer noch am ersten Tag der Anhörung angekündigt, ein Unternehmen solle die angemessene Verköstigung aller im Zelt sicherstellen. Doch bei der Ankündigung blieb es. Die Mainhäuserinnen wurden selbst aktiv,

unterstützt durch viele Kuchen- und Geldspenden der Bevölkerung.

Das Engagement der Frauen, die oftmals Urlaub genommen haben, bleibt für das eigene Heim natürlich nicht ohne Folgen: „Was glauben Sie, wie es jetzt bei-

uns im Garten aussieht“, klagt Marlene Mahlinger. Hausarbeiten sind nur noch am Wochenende möglich. Und Luise Hietel gesteht, daß sie nachts nur noch sehr schlecht schlafen kann. So aufgewühlt sei sie wegen der Ereignisse im

Deponie-Erörterungszelt. Aber das alles lohne sich doch, denn dafür werde ihr eines Tages ihre Tochter nicht vorwerfen können: „Warum hast Du damals nichts dagegen unternommen?“

WENZEL PLEIL

Rechenfehler in HIM-Plänen: Geländegröße stimmt nicht

Es sind 2,1 Hektar mehr / Anhörung wird nicht abgebrochen

MAINHAUSEN. Die Serie der Enthüllungen von Planungsfehlern und Unterlassungen beim Industrie-Sondermüllprojekt Mainhausen, reißt nicht ab. Am gestrigen 10. Erörte-

kussion mit den Ingenieuren des geplanten größten beweglichen freitragenden Daches Europas für die Deponie (270 mal 230 Meter) mit seinen Detailfragen für überraschende Hilfo-

Behörden und HIM beendeten jetzt die Erörterung endgültig

Nach dem Auszug der Deponiegegner hatten sie nur noch einen Tag schriftliche Einwendungen behandelt

MAINHAUSEN. Seit dem vergangenen Freitagabend ist endgültig Schluß mit dem Erörterungsverfahren für die geplante Industrie-Sondermülldeponie Mainhausen. Nachdem die Deponiegegner mit Bürgermeister Dieter Gröning (CDU) und den Rechtsanwälten sowie Professor Armin Weiß an der Spitze am vergangenen Donnerstagabend wegen verweigerter Angaben über die chemische Zusammensetzung der Abfälle aus Protest aus dem Verhandlungszelt ausgezogen waren und damit ihre Beteiligung an den Verfahren beendeten, war die Erörterung ohne sie weitergegangen.

Die rund 40 Vertreter des zuständigen Hessischen Oberbergamtes, weiterer Fachbehörden sowie der Antragstellerin Hessische Industriemüll GmbH (HIM) fühlten sich in dem gut 2000 Menschen fassenden Erörterungszelt dann wohl doch etwas einsam. Sie erledigten die rund 12000 bislang noch unbehandelten schriftlichen Einwendungen (überwiegend Sammeleinwendungen) gegen das Projekt hurtig innerhalb kürzester Zeit.

Und ging es in den knapp drei Wochen zuvor ausgesprochen engagiert und teils gar dramatisch sowie laut in dem „fliegenden Bauwerk“ (so die amtliche Be-

zeichnung für ein solches Zelt) zu, so plauderten Behörden- und HIM-Vertreter jetzt im gelangweilten Ton vor den 2000 leeren Sitzplätzen. Dabei ging es von der Gefährdung des Grundwassers bis hin zum End-Zustand der Deponie, die auf unabsehbare Zeiten betreut werden muß. Beispielsweise müssen die eindringenden Grund- und Sickerwässer ewig abgepumpt werden.

Bei diesen Erörterungen von Behördenvertretern und der HIM wurden Ansichten geäußert, die in den Wochen zuvor von den Anwälten der Gemeinde und ihren wissenschaftlichen Gutachtern re-

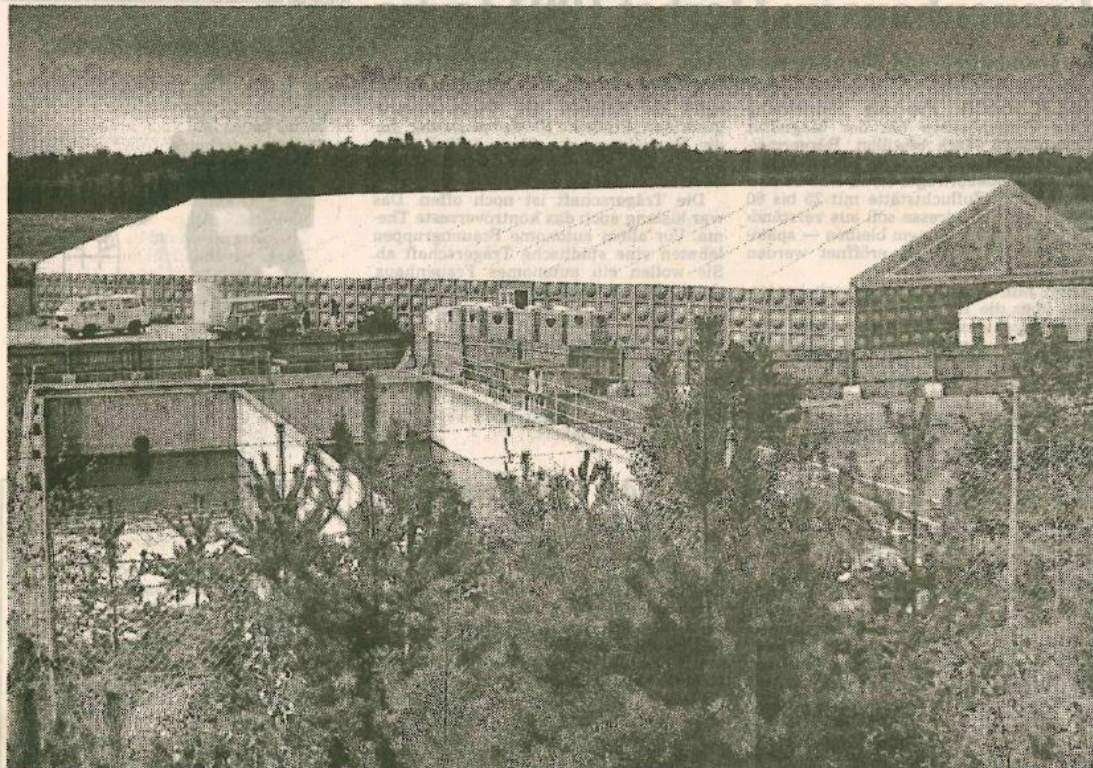
gelrecht zerpfückt worden wären. So gab beispielsweise ein Vertreter des Darmstädter Regierungspräsidenten beim Thema „Rekultivierung“ bekannt, daß sich nach Ansicht seiner Behörde die in 30 Jahren mit chemischen Abfällen verfüllte und mit Bäumen beplanzte gewaltige Deponie „harmonisch in die Landschaft der Mainniederung einfügen wird.“ Derartige Stellungnahmen wurden meist nicht diskutiert.

Ungeteiltes Interesse der Behörden konnte am Freitagvormittag ein junger Mann aus Kaiserslautern genießen, der den Weg ins ferne Mainhausen gefunden hatte, um einige Fragen an die Plan-Genehmigungsbehörde Hessisches Oberbergamt und deren Gutachter loszuwerfen. Doch nachdem der einsame Frager hörte, daß die Gegner der Deponie tags zuvor aus Protest das Zelt verlassen hatten, ging auch er hinaus.

Jetzt steht der Abbau des vom Oberbergamt bei einer Odenwälder Firma gemieteten Riesenzelttes am Rande der alten Tongrube bevor. Der von dem Unternehmen gestellte Zeltbetreuer wird mit dem Abbau alle Hände voll zu tun haben.

Den Arbeiter, der bisher von der Deponie nie etwas gehört hatte, ließ das, was er im Verlauf der fast dreiwöchigen Erörterung erlebte, nicht kalt. War er dem Thema gegenüber zunächst völlig neutral eingestellt, so setzte bei ihm recht bald ein Meinungsbildungsprozeß ein. Er ergriff nach und nach immer mehr die Partei der Deponiegegner und ihrer wissenschaftlichen Berater. Deren Beiträge gegen das Projekt wurden auch von ihm nachdrücklich mit Beifall bedacht.

Unterdessen hat der Vertreter des Bergamtes Weilburg, Bartke, angeordnet, daß beim Planieren von Erdaushub in der benachbarten Tongrube der Firma Basalt AG stets ein zweiter Mann zur Stelle sein muß. Er soll darauf achten, daß in dem Erdreich keine Fremdstoffe wie Bauschutt, Plastik oder Metall enthalten sind. Die nämlich dürfen nicht hier abgekippt werden, da sie das Grundwasser belasten. Der von der Gemeinde beauftragte Fachgutachter Ludwig Hochheim, Mainhausens Umweltdezernent Jörg Nachtigal sowie ein Beamter der Umweltpolizei Offenbach hatten bei einer Besichtigung dieses unmittelbar an die geplante Deponie angrenzenden Grubenteiles festgestellt, daß im angelieferten Erdaushub selbst Drogen und Bleibst-



Mainhausener Evergreen: „Auf in den Kampf...“

Bürgerversammlung ruft Gemeindevorstand zu weiterer Abwehr der Giftmülldeponie auf

Von Jochen Nottrott

MAINHAUSEN. Wenn eine Bürgerversammlung überhaupt politische Aufträge vergeben kann, dann haben Dienstagabend 300 Mainhausener den Gemeindevorstand in die Pflicht genommen, in den zurückliegenden Wochen im Zusammenhang mit der Sondermülldeponie entstandene Gräben zu zuschütten, die Ärmel hochzukrempeln und erneut den Kampf gegen das Vorhaben an der Speckwiese aufzunehmen.

Von einer Bodenwaschanlage an der Stelle, an der die Hessische Industrie Müll GmbH (HIM) bereits 66 Millionen Mark in den Sand gesetzt hat und die, brachliegend, täglich 15000 Mark Zinsen verschlingt, wollten die Bürger nichts wissen. Aber die Lurgi Umwelt-Beteiligungsgesellschaft (LUB) hatte einen mit Bürgermeister Dieter Gröning ausgehandelten Vertrag ohnehin schon für gegenstandslos erklärt, während die HIM unbeirrt an ihrem Projekt festhält.

Aus dem Munde von Rechtsanwalt Matthias Möller, der seit Jahren die Interessen der Gemeinde vertritt und das Vertrauen aller Parteien genießt, erfuhren die Teilnehmer an der Bürgerversammlung, was es mit dem Urteil des 5. Senats des Verwaltungsgerichtshofes auf sich hat. Der hatte am 11. November geurteilt, es sei unverhältnismäßig, wenn die HIM ihre Anlage im jetzigen Stadium abtreibe. Nach Einschätzung des Gerichts ist eine Genehmigung der Neuplanung der HIM und damit eine Legalisierung der Schwarzbauten möglich, zumal dadurch das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt würde.

Auch, wenn die Kasseler Richter eine Revision nicht zugelassen hätten, so sei mit einer Beschwerde doch noch der Weg zum Bundesverwaltungsgericht möglich. Und da sieht Möller gute Chancen, daß Mainhausen doch noch obsiegt. Zwar habe das Gericht mit seiner Entscheidung eine Genehmigung der von der HIM bereits im November 1977 vorgelegten Planungsunterlagen begünstigt. Die Urteilsbegründung muß von der HIM als unerhofftes Geschenk empfunden werden.

Würde das Urteil rechtskräftig, wären die Abwehrmöglichkeiten nach Möllers



Einschätzung entscheidend geschwächt. Denn der Richterspruch verneine relevante Planungsrechte einer Kommune, ignoriere das Recht einer Gemeinde auf Landschaftsplanung.

Jetzt erst recht müsse sich die Gemeinde mit ihren besseren Argumenten beim Bundesverwaltungsgericht gegen die „mißliche Urteilsbegründung“ durchsetzen, sagte der Anwalt. Eine Genehmigung der HIM-Pläne müsse auch politisch verhindert werden. Die besseren Argumente sprächen gegen die Deponie im Mainflinger Wald; diese Argumente müßten in den nächsten Landtagswahlkampf eingebracht werden. Möller: „Die Planung einer Giftmülldeponie im Einzugsbereich von Trinkwasserbrunnen muß bundesweit zum Thema nicht nur der Umweltschützer werden.“

Für einen Abriß der Bauten spräche die Tatsache, daß sie zu 90 Prozent schwarz errichtet worden seien. Und: Der Regionale Raumordnungsplan verbiete strikt eine Lagerung von Sonderabfällen unterhalb des natürlichen Grundwasserspiegels. Auch die von der HIM vorgelegten neuen Planungen böten nicht die erforderliche Gewähr, daß keine Giftstoffe ins Grundwasser gelangen.

Das war auch für Robert Jarosch von der Bürgerinitiative gegen Umweltzerstörung (BIGUZ) entscheidend. Angesichts vom Regierungspräsidenten verhängter Wassernotstände dürfe man Mainhausen mit seinen fünf Millionen Kubikmeter Trinkwasser und weiteren anderthalb Millionen, die bekanntlich in den Main gepumpt werden („jeder Tropfen zählt“), nicht mit Giftmüll belasten.

Eingangs hatte Landrat Josef Lach erläutert, warum er aus rechtlichen Gründen den Beschluß der Gemeindevertretung beanstanden mußte, als diese im nachhinein den zwischen LUB und Gröning ausgehandelten Vertrag abgesegnet hatte. Er habe dem Bürgermeister in dem Zusammenhang auch kein Redeverbot erteilt, sondern lediglich weitere Verhandlungen ohne einen entsprechenden Auftrag des Parlaments untersagt.

Gemeindevertretervorsteher Hans Thiel, der die sachlich verlaufende Bürgerversammlung leitete, will Anfang '94 einen weiteren Termin anberaumen. Dann sollen Umweltminister Josepha Fischer sowie die Vorsitzenden von SPD- und CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Lothar Klemm und Roland Koch, hinzugebeten werden.

Rund 300 Bürger und Bürgerinnen informierten sich Dienstagabend im Bürgerhaus von Zellhausen über den aktuellen Stand in Sachen Giftmülldeponie. Rechtsanwalt Matthias Möller sah gute Chancen, die Anlage der HIM an der Speckwiese doch noch zu kippen. Dazu bedarf es einer Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin, der dann allerdings letzten Instanz. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hatte einen Abriß der Bauten zum jetzigen Zeitpunkt für unverhältnismäßig erachtet. (FR-Bild: Benno Grieshaber)